

Sächsische Staatszeitung

Zeitweise Nebenblätter: Volkstammer-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichnungen der Verwaltung der Staatsschulden und der Alters- und Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und presserechtlichen Vertretung): Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 211.

Montag, 15. September, nachmittags

1919.

Preis: Bei Bezug durch die Geschäftsstelle, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 8 M. vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint nur Werktags. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21206, Schriftleitung Nr. 14574. — Postkontonr. 26956.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 60 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1 M. 20 Pf., unter Eingeladn. 2 M. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 1/10 Uhr.

Ämtlicher Teil.

Genehmigte Sammlungen und genehmigter Vertrieb von Gegenständen.

Name des Unternehmers	Sitz	Wohlfahrtszweck	Besitz und Zeit	Genehmigungsbehörde
Kirchenvorstand	Dorschain	Hausammlung zum Zwecke der Stärkung des Vermögens der Kirchengemeinde	Gemeinden Dorschain und Grillenburg während der Monate September und Oktober 1919	Kreisb. Dresden
Kirchenvorstand	Blasewitz	Hausammlung zur Beschaffung eines neuen Kirchenzitates und neuer Orgelpfeifen	Kirchengemeinde Blasewitz während des Monats September 1919	"
Kirchenvorstand der Trinitatiskirche	Weißeritz	Hausammlung a) zum Besten des Weißeritzer Zweigbibelvereins b) zum Besten des Weißeritzer Zweigvereins der Gustav Adolf-Stiftung	zu a) in dem Ortsteil der ehemaligen Niederfähre und zu b) in dem Ortsteil der ehemaligen Gemeinde Hiescha und Hohnitzsch zu a) und b) während der Zeit vom 8. bis 19. September 1919	"
Gemeinderat	Bielau	Hausammlung für die Zwecke der Kriegsgefangenenheimkehrhilfe	Gemeinde Bielau in der Zeit bis 25. September 1919	Kreisb. Zwickau

Dresden, am 12. September 1919. Ministerium des Innern. 10071 255k IV L

In den Amtsblättern abdruckbar.

Das **Menigotollen „Gensiflor“** Serum mit der Kontrollnummer 23 „dreizehnbzwanzig“ aus der Chemischen Fabrik E. Merck in Darmstadt ist wegen Ab schwächung zur Eingiehung bestimmt worden. 1581 IV M Dresden, am 9. September 1919. 10070

Ministerium des Innern.

In den Vorstand des **Elektrizitäts- und Gasverbandes Coschütz** sind am 27. August d. J. für den nächsten dreijährigen Wahlzeitlauf die Herren **Gemeindevorstand Eisemann, Gittersee, als Vorsitzender, Stadtbaurat Wahl, Dresden, als Stellvert. Vorsitzender, Gemeindevorstand Dörfelt, Burgl, als Schriftführer und Gemeindevorstand Darre, Dölschen, als Stellvert. Schriftführer** gewählt worden. 1207 II Dresden, am 6. September 1919. 10077

Die Kreisauhptmannschaft v. Gruben.

Ernennungen, Beförderungen usw. im öffentlichen Dienste.

Im **Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz**. Der Rechtsanwältin Justizratin **Karl Viktor Köhl** in Dresden ist zum Notar für Dresden auf so lange Zeit, als er dort seinen Amtssitz haben wird, ernannt worden.

Im **Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts**. Zu besetzen: 2. händ. Lehrst. in Coſa i. E., Bez. Schwarzenberg. Entl. 1545 M. einkl. Garten, Amtswohnung und 20 M. f. Vertr. des Kirchschiff. Gehalts f. Unterr. in d. Fortbich. Gehaltsregel. im Gange. Gef. bis 27. September a. d. Bezirksschulrat f. Schwarzenberg; — a) 5. händ. Lehrst. in Kleinſchadowitz. Koll. oberste Schulbeh. Entl. 1600—3200 M., erzd. im 50. Lebensj. Neue Gehaltsregel in Vorber. 40% der Feuerungszul. als Zulage. 540—630 M. Wohnung, f. Verh., 300 M. f. Unverh. bis zum 30. 360 M. vom 31. Lebensj. ab; b) Lehrst. an der 4. h. S. Schule zu Särken b. Dohna. Koll. oberste Schulbeh. Entl. 1542 M. vom Schul., 9 M. vom Kirchenbes. fr. Wohnung im Schulh. nebst Ober- u. Gemüsegarten. 150 M. f. Fortbildungsschule, 100 M. f. Verw. Bew. zu a) und b) nebst den erford. Beil. bis 28. Sept. an den Bezirksschulrat in Pirna; — neuerg. 5. händ. Lehrst. in Clausnitz b. Burgk. 2700 M. Grundgeh., 450 M. Wohnung, f. Verh., 300 M. für Unverh. Bew. bis 30. Sept. an den Bezirksschulrat in Rochlitz.

(Ämtliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

(N.) Die für die Gewährung von Baukostenzuschüssen bereitgestellten Mittel sind durch die überaus erwarteten großen Inanspruchnahme und durch die fortwährende steigenden Baustoffpreise und Arbeitslöhne, die zur Einbehaltung beträchtlicher Rücklagen nötigen, schneller als erwartet, aufgebraucht worden. Da die vom Reich noch für dieses Jahr erwarteten weiteren Mittel nicht in dem erhofften Umfang zur Verfügung gestellt werden können, können Zuschußanträge bis auf weiteres nicht mehr berücksichtigt werden. Wie weit den kurzzeit noch unbearbeiteten Gesuchen entgegen-

werden kann, läßt sich vorderhand nicht mit Bestimmtheit angeben. Jedenfalls aber werden alle diese Gesuche nach dem Grade ihrer Dringlichkeit geprüft und für das kommende Jahr vorgemerkt und bleiben bis auf weitere Bescheidung beim Landeswohnungsamt. Sobald neue Mittel in solchem Umfang zur Verfügung stehen, daß sie die Beaufschaffung weiterer Anträge gestatten, erfolgt entsprechende Bekanntgabe.

Deutsches Reich.

Reichspräsident Ebert an die heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Berlin, 14. September. Reichspräsident Ebert ruft den heimkehrenden Kriegsgefangenen folgenden Willkommengruß zu, der ihnen in allen Durchgangslagern in einer Sonderchrift des Ruffhäuserbundes der deutschen Landeskriegerverbände übermittelt wird.

Auf heimischem Boden heiße ich euch herzlich willkommen. Schwere Zeiten liegen hinter euch, Zeiten der Entbehrungen, seelischer Niedergeschlagenheit und ungestillter Sehnsucht nach Familie und Heimat. Aus zahlreichen Berichten habe ich erfahren, wie ihr, die Wehrlosen, den Haß unserer Feinde habt fühlen müssen. Euerer Lage und eurer Empfindungen weiß ich mit dem ganzen deutschen Volke voll zu würdigen. Euer Heimkehr fällt in eine Zeit, in der unser Vaterland durch den Vernichtungswillen unserer Feinde und durch die Übergangswenden einer neuen Zeit bis ins Innerste erschüttert ist. Kehret heim als gute Deutsche, die an dem Wiederaufbau des neuen republikanischen Vaterlandes mit allen Kräften mitarbeiten wollen. Denn nur Besonnenheit, Einigkeit und Arbeit können uns vor dem von unseren Feinden erstrebten Zusammenbruche retten. Euren Wünschen und Sorgen wird, soweit es in der Macht der Regierung liegt, in jeder Hinsicht entgegengekommen werden. Möget ihr euerer Angehörigen gesund wiederfinden und euch von den erduldeten Leiden seelisch und körperlich erholen. Dies ist mein aufrichtiger Wunsch. Ebert, Reichspräsident.

Der Ruffhäuserbund selbst ruft den heimkehrenden Kameraden ebenfalls einen herzlichen Willkommengruß zu.

Die Heimförderung der Kriegsgefangenen.

Berlin, 14. September. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß zur Abholung der von der italienischen Regierung in Florenz gesammelten deutschen Kriegsgefangenen vorgestern ein deutscher Zug dorthin entsandt wurde. Die Heimführung der in englischer Hand in Frankreich befindlichen Gefangenen macht gute Fortschritte. Ein mit der englischen Regierung getroffenes Abkommen bestimmt, daß deutscherseits täglich drei Züge und englischerseits täglich zwei Züge mit zusammen 5000 Gefangenen aus Frankreich abtransportiert werden. Die Übernahme findet in Köln-Deutz statt. Zwei weitere Züge werden deutscherseits gestellt, um die auf belgischem Gebiet in englischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen abzuholen. Zur Durchführung dieses Abkommens findet heute zwischen den Beteiligten eine Konferenz bei der Eisenbahndirektion Köln statt. Dieses Abkommen widerlegt alle Gerüchte, wonach die deutsche Regierung nicht mehr als 1000 Gefangene täglich übernehmen könne.

Der Rücktritt des preussischen Kriegsministers.

Berlin, 14. September. Wie die „P. R.“ erfahren, ist der bisherige preussische Kriegsminister, Oberst Reinhardt, auf seinen Antrag hin von seiner Stellung als Kriegsminister entbunden worden, da sein Posten nach Annahme der Reichsverfassung und dem Übergange der Kommandogewalt auf das Reich erledigt ist. Oberst Reinhardt tritt in die Armee zurück. Das „Acht- undradenblatt“ erzählt, daß dieser Vorgang durchaus keinen Anlaß zu irgendwelchen Kombinationen bietet. Durch die Übernahme der Kommandogewalt in Preußen durch das Reich ist, wie in den anderen deutschen Bundesstaaten, der Posten des Kriegsministers erledigt. Oberst

Reinhardt bleibt dagegen nach wie vor Chef der Reichswehrbefehlshaberstelle Preußens.

Einberufung des Ausschusses der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 14. September. Wie wir erfahren, ist der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten für Dienstag einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß dort die Stellungnahme der Regierung zu der neuen Note des Verbandes dargelegt werden soll.

Einverständnis in der Frage des Wiederaufbaues Nordfrankreichs.

Berlin, 14. September. In der Wiederaufbaufrage ist in allen grundlegenden Fragen insoweit Einverständnis erzielt worden, als dies nach Lage der Sache zurzeit überhaupt möglich ist. Es werden nunmehr zunächst einige typische Punkte des zerstörten Gebietes besichtigt werden und es wird danach beschlossen werden, welche Arbeiter Deutschland verwenden wird. Es handelt sich jetzt bei den geführten Verhandlungen nicht um die Schadensfeststellung, es handelt sich vielmehr jetzt allein um die praktische Frage des Wiederaufbaues, d. h. darum, welche der im zerstörten Gebiete auszuführenden Arbeiten Deutschland übernehmen kann. Es handelt sich nur darum, daß das Deutsche Reich als Generalunternehmer im großen Ausmaß entgegennimmt, deren Wert nach kaufmännischen Grundsätzen zu berechnen und dem Deutschen Reich zuzuschreiben ist.

Die Auffassung der interalliierten Militärkommission über die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 14. September. Die interalliierte Militärkommission, bestehend aus den Chefs der militärischen Missionen von Frankreich, England und Italien, hatte nach ihrer Rückkehr von einer mehrtägigen Vereiung Oberschlesiens, wie bereits gemeldet, der Reichsregierung eine vorläufige Aufzeichnung über ihre Auffassung der Lage zukommen lassen, ihre Vermittlung zur Herbeiführung friedlicher Verhältnisse angeboten und gleichzeitig einige Vorschläge gemacht. Die Kommission sieht eine Mitverantwortung der nationalpolnischen Agitation von jenseits der Grenze für den Ausbruch der Unruhen als gegeben und eine Reihe von Maßnahmen der polnischen Seite für erforderlich. Hierbei gehören vor allem die Rückführung der nach Oberschlesien besorgten Freiwilligen, die Schließung der Werbubureau im Polenschen, die übrigens als am 6. September bereits erfolgt angenommen worden ist, die Einstellung aller Grenzübergriffe, die Beruhigung der Presse und endlich die Unterlassung jeder Förderung der geheimen Heeresorganisation. Nach Ansicht der Kommission müssen die Polen in Ruhe die Beilegung von Oberschlesien durch fremde Truppen im Vollzug des Friedensvertrages abwarten. Die Vorschläge an die deutsche Regierung betreffen eine allgemeine Amnestie für alle Personen, die sich nicht gemeiner Verbrechen und Vergehen schuldig gemacht haben, vor allem aber die Rückkehrerlaubnis für alle Flüchtlinge, die in Zahl von mehreren Tausenden das Aufstandsgebiet verlassen haben und die nunmehr insgesamt zu ihren Wohnstätten und zu ihrer Arbeit zurückkehren sollten. Außerdem empfiehlt die Kommission, daß gegenüber der Bevölkerung Ausschreitungen unbedingt vermieden werden. Die Reichsregierung hat im Benehmen mit der preussischen Regierung die Vorschläge der Kommission in Erwägung gezogen und im wesentlichen zustimmend geantwortet. Daß jede Ausschreitung gegenüber der Bevölkerung unterbleiben muß, entspricht vollkommen der deutschen Auffassung, die in wiederholt gegebenen Befehlen den maßgebenden Stellen gegenüber zum Ausdruck gelangt sei. Da, wie die Kommission besonders hervorhebt, die deutschen Truppen Disziplin halten, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Bevölkerung in dieser Beziehung gesichert ist. Was fernert die Rückkehr der Flüchtlinge betrifft, so ist diese schon in gewissem Umfang erfolgt. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, eine allgemeine öffentliche Ankündigung an die Flüchtlinge zur Rückkehr nach Deutschland zu erlassen, wenn über das Schicksal der sämtlichen aus Anlaß des Aufstandes Verschleppten Klarheit geschaffen wird. Die Kommission hat darauf die Gewähr übernommen, daß die Ermittlungen ohne Verzug und in der wirksamsten Weise eingeleitet werden. Sie hat sich telegraphisch an die Warschauer Regierung gewandt und einen eigenen Offizier an Ort und Stelle abgeordnet. Die Frage der allgemeinen Amnestie hat seinerzeit bereits den Gegenstand deutsch-polnischer Verhandlungen gebildet, die bekanntlich von den Polen abgebrochen worden sind. Sollten diese wieder aufgenommen werden, so wird diese Frage wohl zum Abschluß kommen. Natürlich muß sich die deutsche Regierung bei all ihren Erwägungen von dem Grundsatz leiten lassen, daß die dauernde Beruhigung in Oberschlesien erreicht und gesichert wird.

Der frühere Staatssekretär v. Hünke über das Waffenstillstandsangebot.

Berlin, 14. September. Hr. v. Hünke setzt in der „Vossischen Zeitung“ seine Berücksichtigungen über das Waffenstillstandsangebot fort. Er erklärte in seinem Aufsatz u. a., noch Mitte August sei das Ergebnis seiner